



**Verband der
Krankenhäuser,
Rehabilitations- und
Pflegeeinrichtungen**

P R E S S E M I T T E I L U N G

Krankenhäuser fassungslos über Krankenhauspolitik – Finanzierung unzureichend

BWKG stellt „Stuttgarter Erklärung“ der baden-württembergischen Krankenhäuser mit Forderungen an Bundes- und Landespolitik vor

Postfach 10 04 28
70003 Stuttgart
Telefon 0711/25777-0
Telefax 0711/25777-99
eMail: info@bwkg.de
<http://www.bwkg.de>

Birkenwaldstr. 151
70191 Stuttgart

14. Dezember 2011

(Stuttgart) – Mit einer "Stuttgarter Erklärung" gehen die baden-württembergischen Krankenhäuser heute bei einer Veranstaltung der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) in die Offensive. „Die Krankenhäuser fordern ein Ende der Politik der Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden. Sie brauchen eine faire Finanzierung. Anders können sie die steigenden Gehälter in der Pflege und bei den Ärzten nicht mehr bezahlen“, macht Thomas Reumann, der Vorstandsvorsitzende der BWKG, deutlich. Sowohl die Bundes- als auch die Landespolitik lasse die Krankenhäuser bisher allerdings im Regen stehen.

„Die Krankenhäuser sind fassungslos, dass der Bundestag ein Gesundheitsreformgesetz verabschiedet und dabei nicht auf die absehbare Finanznot der Krankenhäuser in 2012 reagiert“, erklärt der Vorstandsvorsitzende, der gleichzeitig Reutlinger Landrat ist, zum sogenannten GKV-Versorgungsstrukturgesetz. Die in der Finanzkrise in 2010 verabschiedeten Spargesetze werden laut Reumann auch in 2012 "stur umgesetzt, obwohl die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds inzwischen Milliardenüberschüsse ansammeln". Dies sei angesichts der finanziellen Situation der Krankenhäuser im Land unerträglich.

65 Prozent der Krankenhäuser werden schon 2011 keinen positiven Jahresabschluss erreichen und die Mitarbeiter forderten zu Recht mehr Lohn für ihre Arbeit. „Den Kranken-



Ihre Ansprechpartnerin:
Annette Baumer

Referentin für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit in der BWKG

Telefon 07 11 / 2 57 77-45
Telefax 07 11 / 2 57 77-99

Baden-Württembergische
Krankenhausgesellschaft e. V.

häusern fehlt aber das Geld, um die Tarifsteigerungen zu finanzieren, die für 2012 zu erwarten sind“, stellt Reumann klar. Dazu seien die möglichen Vergütungssteigerungen für die Krankenhausleistungen einfach zu gering.

„Es reicht nicht, die Krankenhäuser in Sonntagsreden als tragende Säule der Patientenversorgung, als Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber zu feiern“, betont Reumann. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müssten umgehend die volle Finanzierung der steigenden Kosten per Gesetz festlegen.

Die neue Landesregierung sei nach wie vor in der Bringschuld, erklärt Reumann: Im Wahlkampf und in der Koalitionsvereinbarung hätten Grüne und SPD eine massive Aufstockung der Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser versprochen. Ziel war es, den bestehenden Investitionsstau rasch abzubauen. Nach einem ersten ermutigenden Schritt in 2011 scheine der Aufholprozess aber wieder zum Stillstand zu kommen. „Das für 2012 geplante Finanzvolumen für Krankenhausinvestitionen reicht hinten und vorne nicht aus, um einen Investitionsstau in der Größenordnung von einer Milliarde Euro abzubauen“, so der Vorsitzende.

Außerdem kommen die Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser wieder vollständig aus dem Topf für die kommunalen Investitionen - und gehen damit laut Reumann beispielsweise zu Lasten von Investitionen in Schulgebäude. Der Landtag müsse in den anstehenden Haushaltsberatungen für 2012 eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Krankenhausinvestitionen beschließen. Die Mittel dafür müssten direkt aus dem Landeshaushalt kommen, fordert Reumann.

Die Krankenhäuser in Baden-Württemberg fordern die Abgeordneten des Bundestages und des Landtages auf, sich in ihrem Wahlkreis ein Bild der tatsächlichen Situation zu machen.

Anlage Stuttgarter Erklärung

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e.V. ist ein Zusammenschluss von insgesamt 386 Trägern mit 234 Krankenhäusern, 368 Pflege- und 111 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, die über insgesamt 106.187 Betten verfügen. Sie wurde 1953 von den vier regionalen Krankenhausverbänden und -arbeitsgemeinschaften gegründet, die es damals auf dem Gebiet des heutigen Landes Baden-Württemberg gab. Die BWKG steht Einrichtungen unabhängig von deren Rechtsform und Trägerstruktur offen. Die Mitgliedschaft ist freiwillig.



Ihre Ansprechpartnerin:
Annette Baumer

Referentin für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit in der BWKG

Telefon 07 11 / 2 57 77-45

Telefax 07 11 / 2 57 77-99

Baden-Württembergische
Krankenhausgesellschaft e. V.

Stuttgarter Erklärung der baden-württembergischen Krankenhäuser

Die baden-württembergischen Krankenhäuser fordern ausreichend Geld für ihre Leistungen. Die Politik darf die Krankenhäuser nicht weiter im Regen stehen lassen.

Baden-Württemberg hat die effizienteste Krankenhausversorgung in Deutschland – mit Abstand. In keinem anderen Bundesland erfolgt die Klinikbehandlung je Einwohner so günstig wie im Südwesten. Und das bei einer unbestritten hohen und flächendeckenden Qualität. Darauf können die Beschäftigten und die Krankenhausträger stolz sein.

Doch dieser Spitzenplatz bei Qualität und Effizienz ist gefährdet: Für 2012 droht eine massive Unterfinanzierung bei den Häusern: Einerseits werden die Kosten durch die Tariflohnsteigerungen bei Ärzten und Pflegekräften um mindestens 4% steigen. Andererseits werden die Vergütungssteigerungen durch das letzte Sparpaket auf deutlich unter 1,5% begrenzt. Und die Ausgangslage ist nicht rosig: In 2011 werden 65% der Kliniken keinen Gewinn machen. Der Bundestag hat vor wenigen Tagen die Chance vertan, den Häusern in dieser Situation zu Hilfe zu kommen. Die Krankenhäuser sind fassungslos, dass die Bundespolitik aktuell keine Verbesserung ihrer finanziellen Situation für notwendig hält.

Auch die Lage bei den Bauinvestitionen, für die die Länder zuständig sind, ist enttäuschend: Der Investitionsstau in Baden-Württemberg liegt nach wie vor bei einer Milliarde Euro. Der Haushaltsplan 2012 der grün-roten Landesregierung sieht keine Aufstockung der Mittel im Vergleich zu 2011 vor. Und das, obwohl die Landesregierung mit dem Ziel angetreten ist, den Investitionsstau in der laufenden Legislaturperiode abzubauen.

Die baden-württembergischen Krankenhäuser fordern:

- Schluss mit der Politik der Lippenbekenntnisse! Die Krankenhäuser als tragende Säule der Patientenversorgung und als Wirtschaftsfaktor müssen finanziert werden. Die Abgeordneten aus Bundes- und Landesparlamenten werden aufgefordert, sich in ihren Wahlkreisen ein Bild von der schwierigen Lage der Krankenhäuser zu machen.
- Schluss mit dem gesetzlich verordneten Personalabbau! Die Krankenkassen müssen durch den Bundestag dazu verpflichtet werden, in 2012 die tatsächlichen Kostensteigerungen – z.B. aufgrund von Lohnsteigerungen beim Pflegepersonal – vollständig zu finanzieren.
- Schluss mit dem immer weiter zunehmenden Investitionsstau! Dem mutigen Schritt zur Aufstockung der Investitionen aus Landesmitteln in 2011 müssen dringend weitere Schritte folgen, damit die neue Landesregierung ihre Wahlversprechen einhalten kann.

